

bleiben, in den Irak einzumarschieren und Saddam Hussein zu stürzen. Man wird ihm aber vielleicht in späteren Zeiten, wenn sich die Geschichtsschreibung mit seinen zwei Amtszeiten befassen wird, nicht mehr die moralischen Gründe absprechen, die ihn letztlich zu seinen Entscheidungen veranlasst haben, und die in einer tiefen Religiosität wurzeln, wie sie gerade vom Kern seiner Wählerschaft geteilt wird. Man wird auch nicht aus den Augen verlieren dürfen, dass sein Vater wegen seiner völkerrechtlich korrekten Weigerung, im ersten Golfkrieg nach Bagdad zu marschieren und Saddam zu stürzen, heftig angegriffen worden ist. Die amerikanischen Präsidenten haben nicht selten das Völkerrecht unter den Primat einer typisch amerikanischen Moralität gestellt und es damit, jedenfalls aus europäischer Sicht, gebrochen oder doch wenigstens verbogen. Kaum je aber ist dieser Gegensatz so offensichtlich geworden, wie in

George W. Bushs Amtszeit. Bis in die Entscheidungen des *Supreme Court* reicht dieser Konflikt, wenn sich etwa das Oberste Gericht der USA weigert, internationale Gerichtsentscheidungen als relevant für die Gerichtspraxis der USA anzuerkennen. Bush hat im Verlauf dieses zunehmenden Ungleichgewichts der politischen und juristischen Institutionen der USA, einschließlich der Presse in ihrer nicht wahrgenommenen Kontrollfunktion, dem Lande international schweren Schaden zugefügt. Er hat seine moralische Glaubwürdigkeit, auf die sich die internationale Autorität der letzten Weltmacht gründet, ebenso beschädigt wie die Fähigkeit des Landes, innerhalb der Weltgemeinschaft und der militärischen Bündnisse einen Führungsanspruch zu erheben. Dies vor allem ist eine Belastung, von der die Präsidentschaft auch die Geschichte, auf die Bush sich so gerne beruft, kaum wird befreien können.

Dick Howard

Medienkampagnen, soziale Bewegungen und Wahlkampfpolitik

Die USA erleben derzeit den frühesten Beginn eines Präsidentschaftswahlkampfes ihrer Geschichte. Nach den innen- und außenpolitischen Desastern in der Regierungszeit von George W. Bush dürfte es auch einer der am bittersten geführten werden. Dabei spielen neben den alten zunehmend auch die neuen Medien eine entscheidende Rolle, aber oftmals verpufft das digitale networking, ohne in die realpolitische Sphäre vorzudringen. Die sozialen Bewegungen und eine Personalisierung der Politik sind nach wie vor wichtige Bausteine für den Erfolg.

Auf Seiten der in den Umfragen klar favorisierten Demokraten stehen die Chancen recht gut, dass die Entscheidung über den Kandidaten in den Vorwahlen (*Primaries*) am *Super Tuesday* (5. Februar) fallen wird, wenn in 22 US-Bundesstaaten die Stimmzettel abgegeben werden, darunter Kalifornien, Illinois und New York. Der Termin liegt fast neun Monate vor dem landeswei-

ten Wahltag und rund sieben Monate vor dem Beginn des heißen Wahlkampfes im September. Denkbar ist eine ähnlich frühe Festlegung auch bei den Republikanern. Aber die Mischung aus regionalen Bewerbern, die verschiedene Teile der äußerst wankelmütigen republikanischen Koalition ansprechen können, lässt ebenso die Möglichkeit offen, dass die »Grand Old

Party« auf ihrer *National Convention* im nächsten August noch ohne gekürzten Kandidaten ist. Diese Situation könnte sich am Ende aber sogar als Vorteil erweisen! Der demokratische Kandidat könnte sich mit seinen Themen in der langen Zeitspanne vor der tatsächlichen Wahlkampagne bereits erschöpft haben; und der offizielle Kandidat der Republikaner würde letztlich wie ein »demokratischer« Repräsentant der diversen, die Partei bestimmenden Interessen erscheinen.

Der frühe Auftakt ist auch Ausdruck einer Entwicklung, die häufig als permanenter Wahlkampf bezeichnet wird. Die neuen, kostengünstigen Mittel der Kommunikation haben nicht nur dazu geführt, dass Nachrichten an 24 Stunden/Tag und 7 Tagen/Woche verfügbar sind, sondern es wurde dadurch auch eine größere Partizipation im politischen Bereich erreicht. Die

Dick Howard

(*1943) lehrt politische Philosophie an der State University of New York in Stony Brook.

rhoward@ms.cc.sunysb.edu



Nutzung des Internet scheint also einen demokratisierenden Effekt gehabt zu haben, auch wenn einige Kritiker in dieser Entwicklung einen Abbau der Mittlerrolle (»Disintermediation«) von Experten wittern, die früher darüber zu entscheiden hatten, welche Nachrichten und welches Wissen übermittelt werden sollten. Gleichzeitig haben die neuen Medien Raum gelassen für die Entstehung unabhängiger Quellen politischer Aktivität, angefangen bei persönlichen Internet-Tagebüchern (*Blogs*) bis hin zu jenen Gruppierungen, die das Netz als Instrument zur schnellen Mobilisierung der öffentlichen Aufmerksamkeit für bestimmte politische

Probleme nutzen (z.B. *Moveon.org*, oder *Democrats.com*). Die gleichen Techniken werden aber von den organisierten Parteien eingesetzt.

Der Unterschied zwischen den von neuen Medien vermittelten Formen politischen Handelns und der eher traditionellen Parteistruktur besteht darin, dass Parteien versuchen, ihre Aktivitäten zu personalisieren und damit Anhänger um einen individuellen Namen (und ein beabsichtigt vage gehaltenes Programm) herum zu vereinen, wohingegen die neuen Medien auf mehr oder weniger straffe und effiziente Weise eine gesichtslose Öffentlichkeit organisieren. E-Mails überschwemmen die Computer-Mailboxen zu jeder beliebigen Stunde des Tages (und üblicherweise der Nacht) ohne vorherige Aufforderung. Dabei wird versucht, ein Gefühl von Vertrautheit zu erzeugen, indem der Empfänger mit seinem oder ihrem Vornamen angesprochen wird. In der Regel sind die Mails mit dem Vornamen eines der Mitglieder des Organisationskomitees unterschrieben. Dennoch wirkt das Personalisierungsbestreben künstlich; der Leser entwickelt keine persönliche Bindung. Obwohl der User beispielsweise mit einer Petition oftmals nicht vollständig einverstanden ist, wird er dennoch unterschreiben, weil die Organisation generell seine Position im politischen Spektrum vertritt und seine Unterschrift anonym bleibt. Andererseits bleibt es fraglich, ob er auch auf die Straße gehen würde, um die anonyme Unterstützung für die Öffentlichkeit und die Behörden sichtbar zu machen.

Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Politiktypen besteht darin, dass Parteien sicher stellen können (und müssen), dass ihre Botschaften auch Gruppen über die eigene Mitgliedschaft hinaus erreichen, während die sich auf neue Medien stützenden Organisationen eine begrenzte Wirkung haben – obwohl ihre anfängliche Reichweite viel größer ist als die traditioneller politischer Parteien. Die mit hori-

zontalem *Networking* verbundenen Ansprüche haben ihre Gültigkeit lediglich in der gesellschaftlichen, nicht aber in der realen politischen Sphäre unter Beweis gestellt. Ob die Nutzer von *Facebook* oder *MySpace* in der Lage sein werden, ihre Netzwerke in politische Kräfte umzuwandeln, bleibt noch offen. Zusätzliche Anhänger gewinnen die neuen Formen politischer Bewegungen wohl nur über eine Personalisierung und/oder eine Wiederbelebung der in den 80ern verbreiteten »Neuen Sozialen Bewegungen«.

Anti-Politik ist keine Option

Es ist bezeichnend, dass Al Gore trotz lauter Rufe der Basis ausgeschlossen hat, erneut für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Ein Grund für diese Entscheidung ist sicherlich, dass er nach dem Erfolg seines Kinofilms *Eine unbequeme Wahrheit* und dem Gewinn des Nobelpreises überzeugt ist, außerhalb der Regierung größeren Einfluss auf mehr Menschen haben zu können (und dabei weniger eingeschränkt zu sein von den Formvorschriften präsidialer Funktionen und den Grenzen einer demokratischen Regierung). In gewisser Hinsicht verkörpert (oder symbolisiert) Al Gore die Erneuerung der ökologischen Bewegung, die im ausgehenden 20. Jahrhundert einen der Eckpfeiler demokratischer Mitwirkung innerhalb der Zivilgesellschaft darstellte. Dies trifft allerdings nur zum Teil zu: Das Vorbild für den Diskurs der »Neuen Sozialen Bewegungen« der 80er waren die Aktivitäten anti-totalitärer Dissidenten in Osteuropa, die eine Abgrenzung vom Zentralstaat anstrebten, um eine Art Gegengesellschaft zu schaffen, eine »Gesellschaft gegen den Staat«. Heute herrscht sowohl im Osten als auch im Westen Klarheit darüber, dass der Staat nicht ignoriert werden kann: Anti-Politik ist keine Option. So sehr eine Persönlichkeit wie Al Gore auch dazu beiträgt, das Bewusstsein der mit derart lang-

fristigen Bedrohungen der eigenen Zukunft konfrontierten Bevölkerung zu schärfen, so wenig liegt es in seiner Macht, daraus ein Bündnis für eine alternative politische Kraft zu formen.

Die »Reformkandidatin« gegen den »Kandidaten des Wandels«

Können Parteien nur einen Reformkandidaten an die Macht bringen, oder besitzen sie tatsächlich das Potenzial, eine Transformation der Nation mit ihren oft bewegungs- und teilnahmslosen demokratischen Institutionen in Gang zu setzen?

Auf den ersten Blick sieht es aus, als sei das Rennen um die Nominierung auf Hillary Clinton und Barack Obama beschränkt. Sie ist eine erfahrene Kandidatin, die bereits mit den Hebeln der Macht vertraut ist, die im Weißen Haus zur Verfügung stehen. Obama ist ein junger afro-amerikanischer Senator, der für eine Erneuerung der ehemals von der Bürgerrechtsbewegung getragenen Hoffnungen steht. Die New Yorker Senatorin, 2006 in triumphaler Manier wiedergewählt, betont die Tatsache, dass sie vom ersten Tag ihres Mandates an sofort in der Lage sein würde, die anstehenden Aufgaben anzugehen, wohingegen der 2004 zum ersten Mal gewählte Senator aus Illinois seine Verbindungen zu den Organisationen der Zivilgesellschaft hervorhebt. Die Bewerberin repräsentiert also das Reformversprechen in der Tradition des »New Deal«; der Bewerber steht für radikalere Veränderungen. Gut organisiert und umgeben von getreuen Helfern, die schon ihrem Ehemann dienten, verheißt die pragmatische Hillary Clinton den Sieg. Der brillante Redner Barack Obama hingegen hat noch Schwierigkeiten bei der Konkretisierung des Traumes, den er vor seinem ihn verehrenden Publikum beschwört.

Natürlich gibt es noch weitere Kandidaten; und es wäre falsch anzunehmen, die

Würfel seien bereits gefallen. John Edwards, Anwärter für das Amt des Vizepräsidenten unter John Kerry 2004, präsentiert sich als der für die einfachen Leute kämpfende Kandidat; Bill Richardson, derzeitiger Gouverneur von New Mexico ist ein erprobter Diplomat, ehemaliger Kongressabgeordneter – und der erste Kandidat lateinamerikanischer Abstammung mit ernsthaften Ambitionen. In den Umfragen in Iowa liegen beide nicht weit zurück (obwohl es ihnen an den finanziellen Mitteln für einen entscheidenden Durchbruch mangelt). Und dann gibt es natürlich noch die Senatoren Chris Dodd und Joe Biden sowie Dennis Kucinich, Mitglied des Repräsentantenhauses, der sich als eine Art linker Volkstribun präsentiert.

Bedacht werden muss der zweistufige Ablauf US-amerikanischer Wahlen. Die *Primaries* betreffen nur Parteimitglieder und da der Großteil der Stimmberechtigten

zu den Aktivisten zählt, wird der Gewinner sich dem linken Flügel zuwenden müssen. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass er (oder sie) sich zum Erreichen der Nominierung zu weit von der Mitte entfernt und es später schwer haben wird, für die allgemeinen Wahlen im November, bei denen Unterstützung von außerhalb der Partei unerlässlich ist, zu einer moderaten Haltung zurückzukehren. Dies mag erklären, warum Hillary Clinton, wohl wissend um die Gefahr, zu deren Vermeidung vielleicht etwas zu weit ins andere Extrem gegangen ist. Ihr früher Vorsprung in allen Umfragen hat sie vorsichtig gemacht, so sehr, dass die Parteilinke – organisiert über das Internet und im Prozess, ihre eigenen Netzwerke jenseits der offiziellen Parteilinien aufzubauen – Clintons Nominierung mit zunehmender Ablehnung gegenübersteht.

Barack Obama demgegenüber muss zunächst diejenigen Unterstützer der Demokraten, die mehr als alles andere den

Sieg wollen (und die Bezwingung der verhassten »Bushies«), davon überzeugen, dass er die nötige Zustimmung mobilisieren kann. Er weiß, die Demokraten werden mehr mit ihren Köpfen als mit ihren Herzen wählen. Ebenso wenig wie Hillary Clinton fest auf den natürlichen Rückhalt von Frauen bauen darf, kann sich Obama ironischerweise der Unterstützung afroamerikanischer Wähler sicher sein, von denen viele der Meinung sind, die USA seien ein zu rassistisches Land, um einen Schwarzen zum Präsidenten zu wählen. Darum betont Obama u.a. seinen Kontakt mit der Zivilgesellschaft im Gegensatz zur restriktiven »Washington-Erfahrung« von Hillary Clinton. Doch wird das ausreichen?

Die Dinge werden sich schnell entwickeln in den kommenden Monaten. In Iowa fanden am 3. Januar die ersten Vorwahlen statt, anschließend in New Hampshire. Michigan folgt am 15. Januar. Als nächstes ist dann South Carolina (mit einem afroamerikanischen Bevölkerungsanteil von 30 %) an der Reihe, dicht gefolgt von *Super Tuesday* am 5. Februar.

Wenn man davon ausgeht, dass die Situation im Irak weiterhin stockt und die irre Idee einer Invasion im Iran vom Tisch ist, wird sich die Aufmerksamkeit mehr und mehr zu Gunsten innenpolitischer Themen verschieben. Die US-Wirtschaft befindet sich in keiner guten Verfassung; die *Subprime*-Krise (Kredit-Krise) und der Absturz des Dollars begleitet vom Anstieg der Erdöl-Preise werden wegen der aus George W. Bushs Finanzpolitik resultierenden Ungleichheit umso stärker zu spüren sein. Wird die Reformkandidatin Clinton unter diesen Umständen den Vorzug vor dem Kandidaten des Wandels er-

halten? Oder wird es dem Rhetorikalent Obama gelingen, seine Vision zu konkretisieren und dadurch zu überzeugen? Wird der gesplante Zustand der republikanischen Parteibasis die Demokraten ermutigen, den großen Sprung zu wagen?

»Es wird nicht leicht werden...Es wird nicht leicht werden«, wiederholt Barack Obama derzeit in jeder Rede. Er hat Recht. Doch wenn Leute ihm zu erklären versuchen, er wäre besser beraten im Senat zu verbleiben, um Erfahrung und Reputation für den Sprung auf die nationale Bühne zu sammeln, steckt in seiner Antwort eine tiefere Bedeutung als erahnt. Der Moment zum Handeln kommt nur einmal; die Zeit hat ihren Mann gefunden, welcher nicht zurückweichen kann. Möglicherweise hatte Obama William Shakespeares *Julius Caesar* im Sinn, wo es im 4. Akt heißt: *Es gibt Gezeiten für der Menschen Treiben / Nimmt man die Flut wahr, führt sie uns zum Glück / Versäumt man sie, so muss die ganze Reise / des Lebens sich durch Not und Klippen winden.*

Die Quelle des Dichters zitiert er aber natürlich nicht – Machiavelli –, obwohl Obama die politischen Lehren des Florentiners anwendet, die auf die Entschlossenheit setzten, um die Unbeständigkeit des Glücks (*fortuna*) zu überwinden. Vielleicht zeigt diese alte Lektion – besser verstanden vom Elizabethanischen Dramatiker als den neuen Medien und Bewegungen – den Weg auf, über den eine amerikanische Republik erneuert werden kann, die sich ihrer selbst nicht mehr sicher ist, ihre traditionellen Werte in Frage gestellt sieht und zum Opfer einer von politischen Reaktionären gesteuerten Angst wird.

(Aus dem Englischen von Michael Funk)